

sen Herbst hat sich gezeigt, daß auch die französisch- und italienischsprachigen Katholiken der Schweiz zu großen und frohen Treffen zu gewinnen sind. So hatte der Bischof von Sitten, *Henri Schwery*, im Rahmen des diözesanen „Jahres der Berufe 1978“ zu einem Gottesdienst auf den Hügel von Valère der Bischofsstadt Sitten eingeladen – und 12000 Diözesanen folgten der Einladung und nahmen am 17. September am Gottesdienst teil. Und von der Bischofsweihe des neuen Bischofs von Lugano, die am gleichen Sonntag stattfand, wußte der Sekretär der Bischofskonferenz zu berichten: „Es war ein einzigartiger Festtag, geprägt durch die spontane Herzlichkeit des neuen Bischofs und die fast nicht zu beschreibende Begeisterung des in Scharen herbeigeeilten Gottesvolkes der Diözese Lugano. Die Kathedrale des heiligen Laurentius war überfüllt, und auch auf dem Vorplatz vor der Kirche, wohin die Weihehandlung mit Lautsprecher und Fernsehen übertragen wurde, drängte sich die begeistert mitfeiernde Menge.“ So verwirklichten diese beiden Katholikentreffen auch bereits einen Teil Katholikentag.

„Sich treffen und miteinander überlegen“

Damit alle, die in der Kirche Mitverantwortung tragen, sich treffen und miteinander überlegen, hat die Bischofskonferenz zum Interdiözesanen Pastoralforum eingeladen (vgl. HK, August 1978, 379–381). Mit einem Schreiben vom 11. Oktober, dessen

erster Teil seelsorgliche Überlegungen enthält und dessen zweiter Teil die konkrete Gestalt im Sinn einer Rechtsgrundlage bestimmt, haben die Schweizer Bischöfe das Pastoralforum nun auch offiziell einberufen. Damit möchten sie, wie es in der Einleitung allgemein heißt, „die Zusammenarbeit aller im Dienst des kirchlichen Auftrages fördern“.

Die seelsorglichen Überlegungen des Einberufungsschreibens gehen einerseits von der Vielfalt der katholischen Kirche in der Schweiz und andererseits von den Bemühungen um Einheit und Zusammenarbeit aus, um auf diesem Hintergrund das Anliegen des Interdiözesanen Pastoralforums darlegen zu können. Das Programm dieses ersten Pastoralforums, das vom 8. bis 10. Dezember in Einsiedeln stattfinden wird, beinhaltet vor allem eine Bestandsaufnahme und Standortbestimmung. Es „versammelt die Delegierten der diözesanen Seelsorgeräte und die Vertreter der überdiözesanen Bewegungen und Organisationen. Auch Fachleute aus den verschiedenen Kommissionen und Stabsstellen der Bischofskonferenz sollen daran teilnehmen. Es ist wichtig, daß diese Mitarbeiter sich mit uns dem Wort Gottes unterstellen und mit uns Eucharistie feiern. Es ist wichtig, daß wir unsere Erfahrungen austauschen, uns mit der gegebenen Wirklichkeit auseinandersetzen und nach Lösungen suchen“ (Einberufungsschreiben).

So werden einerseits die diözesanen Seelsorgeräte in je einem kurzen Bericht die wichtigsten Fragen mitteilen, die in den Bistümern seit Ende der

Synode 72 behandelt wurden, sowie die dringendsten seelsorglichen Anliegen, die sie in den nächsten Jahren auf sich zukommen sehen; und andererseits wird die Bischofskonferenz berichten, was sie mit den gesamtschweizerischen Empfehlungen der Synode 72 gemacht hat. „Diese Berichte sollen am Pastoralforum offen diskutiert werden. Vertreter der Theologieprofessoren, der geistlichen Gemeinschaften, der Verbände und Bewegungen sowie Vertreter aus jungen Kirchen der Dritten Welt: alle mögen Stellung nehmen und mitteilen, welche gemeinsamen Aufgaben in den nächsten Jahren vorrangig anzupacken sind“ (Einberufungsschreiben).

Die Schweizer Bischofskonferenz wird dann aufgrund dieses ersten Pastoralforums entscheiden, ob und wann eine zweite Versammlung stattfinden und welche Themen sie haben soll. So wird vom guten Gelingen dieses Treffens viel abhängen: ob auf gesamtschweizerische Fragen künftig vermehrt gesamtschweizerische Antworten gesucht werden, ob die Zusammenarbeit über die Bistums- und Sprachgrenzen hinaus verstärkt werden kann, ob „eine Form fruchtbarer Zusammenarbeit zwischen den diözesanen und interdiözesanen Diensten zu verwirklichen“ (Papst Paul VI. am 1. Dezember 1977 an die Schweizer Bischöfe) ist, nicht zuletzt aber auch: ob erste Schritte zu einem Schweizer Katholikentag getan werden können und der 85. Deutsche Katholikentag wirklich Auswirkungen auch in die Schweiz hinein haben wird.

R. W.-Sp.

Politische Entwicklungen

Ein Votum für das Dreiparteiensystem?

Die Landtagswahl in Hessen

In der Serie der Landtagswahlen, die 1978 stattgefunden haben, konnte Hessen unter drei Aspekten eine zentrale Stellung zugeschrieben werden. Erstens stellte sich die Frage, wie die Entwicklung in Hessen verlaufen würde,

nachdem sich für SPD und CDU in Hamburg und Niedersachsen uneinheitliche Ergebnisse gezeigt hatten. Zweitens war von Interesse, inwieweit bei einem möglichen Scheitern der FDP in Hessen nach ihrem Ausschei-

den aus dem Hamburger Senat und dem Niedersächsischen Landtag die Frage nach dem Bestand des Dreiparteiensystems ernsthaft gestellt war. In sehr engem Zusammenhang hiermit steht als dritter Aspekt die Entwicklung der Protestpotentiale und die zumindest in den Anfängen überraschende Resonanz der neugegründeten „Grünen Parteien“.

Es mußte sich am 8. Oktober also zeigen, ob in Hamburg und Niedersachsen eine Entwicklung in Gang gekommen war, die bei einer Fortsetzung in Hessen zu gravierenden Veränderungen für das Parteiensystem insgesamt hätte führen können. Aufgrund der tatsächlichen Ergebnisse hat sich gezeigt, daß die CDU mit 46% ihr zweitbestes Ergebnis bei einer Landtagswahl in Hessen erreichte. Sie behauptete sich damit als stärkste politische Kraft vor der SPD. Die FDP konnte zwar Verluste nicht vermeiden, aber mit einem Stimmenanteil von 6,6% das Fortbestehen der sozialliberalen Koalition sichern und damit gleichzeitig ihre Lage wieder scheinbar stabilisieren. Gemessen an der Sitzverteilung ist die politische Situation in Hessen nach der Landtagswahl 1978 unverändert geblieben. Es ergab sich lediglich ein Austausch von einem Sitz zwischen den Koalitionsparteien. Hinter dieser scheinbaren Stabilität der Situation in Hessen verbergen sich jedoch Einzelentwicklungen, die nur bei detaillierter Betrachtung der eingangs erwähnten Fragen sichtbar werden.

(Die im Zusammenhang mit dieser Analyse verwendeten Daten entstammen verschiedenen Repräsentativumfragen des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung in den betreffenden Bundesländern mit je 1000 Befragten.)

Stammwähler – die Basis für den Wahlerfolg

Die Frage nach den Stammwählern der Parteien ist von besonderer Bedeutung, da sie letztlich einen Maßstab für den Grad der Verankerung der Parteien im politischen Bewußtsein der Bevölkerung darstellen. Aus der Sicht der Parteien ist der Anteil der Stammwähler dagegen ein Indikator für die Basis, auf der sich Wahlerfolge aufbauen lassen.

Schaubild 1 Die Parteiidentifikation der hessischen Wähler

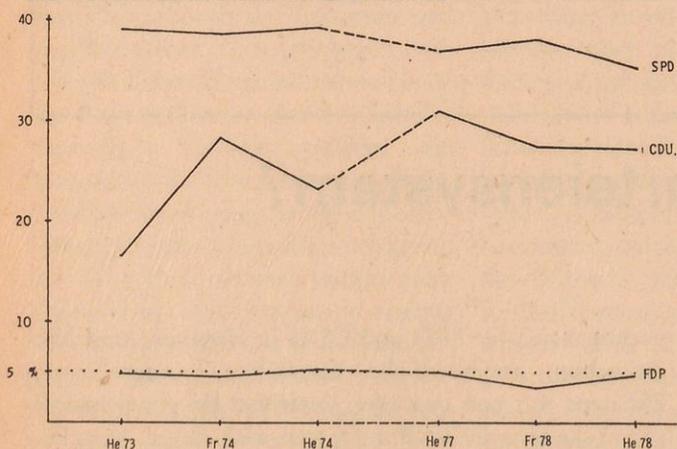
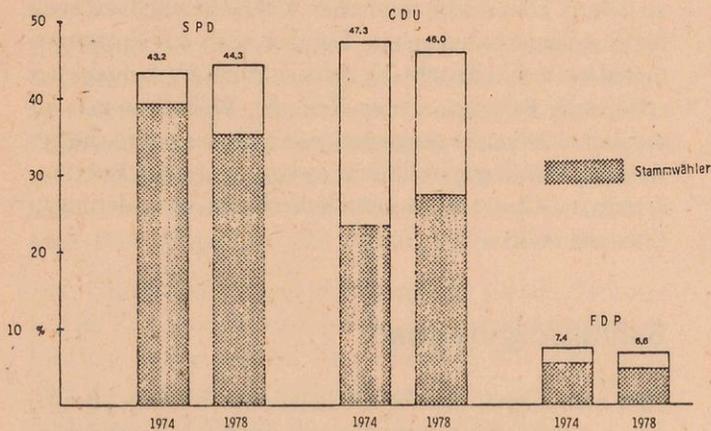


Schaubild 1 zeigt die Entwicklung der Stammwähleranteile der Parteien in Hessen vom Herbst 1973 bis zum Herbst 1978, also bis zum Zeitpunkt der Landtagswahl. Als Stammwähler werden hier Personen bezeichnet, die sich unabhängig von ihrem aktuellen Wahlverhalten mit einer der Parteien grundsätzlich identifizieren. Zunächst läßt sich festhalten, daß die Größe der Stammwählerpotentiale von SPD und CDU deutliche Unterschiede aufweist. Während der Anteil der Parteiidentifikation für die SPD im Zeitraum vom Herbst 1973 bis zum Frühjahr 1978 relativ stabil war und sich zwischen 35 und 39% bewegte, wurden bei der CDU wesentlich stärkere Schwankungen beobachtet. Seit dem Frühjahr 1978 scheint sich zwar auch hier eine Stabilisierung bei etwa 25% abzuzeichnen, dieser Wert liegt jedoch relativ deutlich unter dem SPD-Anteil. Daraus kann geschlossen werden, daß es der CDU zwar gelungen ist, ihre Stimmenanteile gegenüber den vergangenen Landtagswahlen erheblich zu steigern und zur stärksten Partei in Hessen zu werden; die zugewonnenen Wähler haben aber nicht in gleichem Umfang eine langfristige Bindung an die CDU erworben. Die Ursache für diesen vergleichsweise geringen Anteil von Stammwählern der CDU-Wählerschaft ist in der Entwicklung der hessischen Parteienlandschaft zu suchen: Während die SPD in Hessen traditionell schon immer als etablierte Partei angesehen werden konnte, hat die CDU erst in den letzten 10 Jahren ihre heutige Bedeutung erlangt, indem sie ihren Stimmenanteil von der Landtagswahl 1966 bis zur Landtagswahl 1974 um 20,9 Prozentpunkte steigerte. Mit dieser als sprunghaft zu bezeichnenden Entwicklung konnte die Bildung von dauerhaften Parteiloyalitäten noch nicht Schritt halten.

Daran läßt sich deutlich die besondere Ausgangslage der Parteien bei der Landtagswahl in Hessen charakterisieren: Während die SPD auf einem relativ hohen Anteil von Stammwählern aufbauen konnte, mußte die CDU in Anbetracht ihres geringeren Stammwähleranteils einen relativ größeren Teil zusätzlicher Wähler für sich gewinnen, um ein gutes Wahlergebnis zu erzielen. Dies ist der CDU auch 1978 wieder gelungen, wie der Stimmenanteil von 46% zeigt, hinter dem sich im Vergleich zur Landtagswahl 1974 ein absoluter Zugewinn von ca. 46 000 Wählerstimmen verbirgt. Da dieser Erfolg aber von temporären politischen Kontextbedingungen abhängig ist, die von den konkurrierenden Parteien mitbestimmt werden, birgt das geringere Stammwählerpotential für die hessische CDU Risiken. Dies wird in Schaubild 2 deutlich, das die Stimmenanteile und Stammwählerpotentiale der Parteien gegenüberstellt. Die SPD hat das sinkende Stammwählerpotential durch Zugewinne parteipolitisch nicht fixierter Wähler ausgeglichen und insgesamt einen leicht positiven Saldo erreicht. Dagegen weist die CDU zwar ein steigendes Stammwählerpotential auf, konnte darüber hinaus aber nicht so viele Wähler wie 1974 zusätzlich an sich binden. Insgesamt gesehen läßt sich für Hessen eine zunehmende Stabilisierung des CDU-Potentials ablesen, womit sich gleichzeitig bei künftigen Wahlen die Erfolgchancen erhöhen, während umgekehrt die SPD stärker als bisher

darauf angewiesen sein wird, über ihre Stammwähler-schaft hinaus Wähler zu mobilisieren. Für das hessische Parteiensystem ergibt sich daraus, daß sich die Stärke-verhältnisse der beiden großen Parteien angeglichen haben; ihre Ausgangsbasen bei kommenden Wahlen sind ähnlicher geworden.

Der Anteil der Stammwähler am Wahlergebnis der Parteien
Schaubild 2



Zur Situation der FDP

Die eingangs angeschnittene Frage, inwieweit das Abschneiden der FDP bei der Landtagswahl in Hessen eine Konsolidierung des Dreiparteisystems signalisiert, läßt sich aus den vorangestellten Schaubildern ableiten. Der Stammwähleranteil der FDP liegt in Hessen unter 5%. Dieses Basispotential reicht also nicht aus, um die Fünf-prozenthürde zu überspringen. Für die FDP ist damit die Mobilisierung zusätzlicher Wähler nicht nur notwendig, um ein gutes Wahlergebnis zu erzielen, sondern gleichzeitig die Voraussetzung zum politischen Überleben. Bei vergangenen Wahlen hat sich darüber hinaus erwiesen, daß auch das Wählerpotential der FDP in weit höherem Maße als bei den anderen Parteien zu Fluktuationen neigt. Die Verluste der FDP in Hessen sind in der Größenordnung fast identisch mit der Verringerung ihres Stammwähler-potentials.

Das Ausscheiden der FDP aus dem Niedersächsischen Landtag und dem Hamburger Senat hat aber offenbar zu einer Festigung des FDP-Potentials geführt. Noch im Frühjahr 1978 – vor den Wahlen in Niedersachsen und Hamburg – waren nur 57% der hessischen Wähler, die auf Bundesebene die FDP zu wählen beabsichtigten, auch bereit, bei der Landtagswahl dieser Partei ihre Stimme zu geben. Aus Tabelle 1 läßt sich ersehen, daß diese Relation in etwa der Situation in Niedersachsen entsprach, wo es zum Ausscheiden der FDP aus dem Landtag gekommen ist. Bis zum Herbst dieses Jahres erhöhte sich dieser Anteil in Hessen jedoch auf 73%. Es ist plausibel, anzunehmen, daß ohne die Signalwirkung der Landtagswahlen im Frühjahr die FDP auch in Hessen ernsthaft gefährdet gewesen wäre. Bisher schwankende ehemalige FDP-Wähler, die unter Umständen bei der hessischen Landtagswahl eine

der Umweltschutzparteien zu wählen bereit waren oder sich der Stimme enthalten wollten, haben sich angesichts der FDP-Ergebnisse in Hamburg und Niedersachsen entschlossen, die FDP zu wählen, um ein Scheitern dieser Partei an der Fünfprozentklausel zu verhindern.

FDP-Wahlabsicht der Bundestags- und Landtagswahlen

Tabelle 1

	Befragte, die bei einer Bundestagswahl der FDP ihre Stimme geben würden, präferieren bei der Landtagswahl:					
	SPD	CDU	FDP	Umwelt-Parteien	Sonstige Parteien	Keine Angabe
Niedersachsen (Frühjahr 1978)	24	15	55	3	-	3
Hessen (Frühjahr 1978)	24	15	57	-	-	4
Hessen (Herbst 1978)	15	2	73	3	2	5

Darüber hinaus gab es in Hessen (vgl. Tabelle 2) trotz des drohenden Ausscheidens der FDP aus dem Hessischen Landtag einen Anteil von Wählern (über 1%), die bereit waren, mit ihrer Stimme die FDP zu stützen, obwohl sie bundesweit eine andere Parteiorientierung besaßen. Dieser Anteil war für das Überleben der FDP mitentscheidend. Die Einführung einer stark bundespolitischen Komponente in den Wahlkampf der FDP in Hessen mag in diesem Zusammenhang nicht ohne Bedeutung gewesen sein, insbesondere die aufgeworfene Diskussion um das Problem einer Lähmung der Bundesregierung durch eine Zweidrittelmehrheit der Union im Bundesrat.

Bundestagswahlabsicht und Landtagswahlabsicht für die FDP

Tabelle 2

Bundestagswahlabsicht der FDP-Wähler im Land		Anteil der Bundestagswahlabsicht an der Landtagswahlabsicht für die FDP	
		Frühjahr 1978	Herbst 1978
<u>Erststimme</u>	<u>Zweitstimme</u>		
SPD	SPD	0,3	1,3
SPD	FDP	0,8	
FDP	SPD	0,2	
FDP	FDP	3,2	3,6
Sonstige Kombinationen		1,2	0,5

Auch von den Umweltschutzparteien ging in Hessen keine ernsthafte Gefahr für die FDP aus. Von der mangelnden Attraktivität dieser Parteien in Hessen generell einmal abgesehen, waren nur 5% derjenigen Befragten, die in Hessen GAZ oder GLH zu wählen beabsichtigten, dem eigentlichen Potential der FDP zuzurechnen. Wenn diese Absichten in vollem Umfange in die Tat umgesetzt worden sind, dürften der FDP durch die „Grünen Parteien“ lediglich Einbußen in der Größenordnung von ca. 0,2% entstanden sein.

Bezieht man in diese Überlegungen die Zugewinne der FDP bei den Landtagswahlen in Bayern ein, so läßt sich zweifellos eine gewisse Konsolidierung ablesen, die im konkreten Fall durchaus als ein zumindest vorläufiges Votum für das Dreiparteisystem angesehen werden kann. Eine dauerhafte politische Existenz der FDP ist, wie sich aus den dargelegten Problemen und Datenkonstellationen ergibt, keineswegs sichergestellt.

Protestpotential und „Grüne Parteien“

In der hessischen Wählerschaft sind, wie auch in anderen Bundesländern, unterschiedliche Formen des politischen Protests feststellbar. Sie reichen von einer bloßen Unzufriedenheit mit dem politischen System bis hin zum Ruf nach weiteren Parteien. Es stellt sich damit die Frage, inwieweit die Entwicklung des Protestpotentials sehr eng mit dem Schicksal und den Chancen der „Grünen Parteien“ verbunden ist. Die allgemeine Befürwortung einer vierten Partei (nicht im Sinne einer Trennung von CDU und CSU) ist seit Frühjahr 1978 zwar in Hessen von 12,8 auf 11,4% geringfügig zurückgegangen (Tabelle 3); es ist jedoch bemerkenswert, daß in diesem Zusammenhang SPD, CDU und FDP einen Teil der Befürworter einer vierten Partei aus ihren Reihen direkt an die Umweltschutzparteien abgegeben haben. Dies führt zu dem Schluß, daß sich nicht nur die Struktur des Protestpotentials verändert hat, sondern gleichzeitig auch eine verstärkte Orientierung dieser Gruppe an den Umweltschutzparteien erfolgt ist. Unzufriedenheit kann sich also durchaus um ein konkretes Problem, hier den Umweltschutz, organisieren. In Anbetracht der Tatsache, daß in Hessen bei einem theoretischen Befürworterpotential von 11,4% nur jeder fünfte (17,2%) auch eine entsprechende Bereitschaft zur Wahl einer Umweltschutzpartei besaß (vgl. Tabelle 3), lag dafür ein Indikator vor, daß diese Parteien ihre Erfolge von Hamburg und Niedersachsen nicht wiederholen konnten. Die Zersplitterung der Umweltschutzparteien und die in Hessen bei der GLH deutlich gewordene Radikalisierung dürften etliche Wähler zu den bestehenden Parteien zurückgebracht haben. Das schlechte Abschneiden der „Grünen Parteien“ bei der Landtagswahl in Bayern unterstreicht diese Tendenz und belegt, daß diese Gruppierungen zumindest im Augenblick ohne reelle politische Chance sind.

Die Wahlabsicht des Protestpotentials

Tabelle 3

	Frühjahr 1978	Herbst 1978
Maximal mögliches Potential einer neuen Partei	12,8	11,4

davon wählten:		
SPD	35,5	25,9
CDU	29,0	21,6
FDP	9,7	6,0
Sonstige	12,1	11,2
GAZ	nicht erhoben	17,2
+ GLH		
keine Angabe	13,7	18,1

Insgesamt	100,0 %	100,0 %

Das Protestpotential besteht jedoch nach wie vor. Die Möglichkeit, daß sich die Protesthaltung gegen das politische System insgesamt über die „Grünen Parteien“ organisieren und kanalisieren wird, scheint jedoch im Augen-

blick ausgeschlossen. Auch darin ist ein stabilisierender Faktor für die FDP zu sehen. Ihre Chancen beim Kampf um unentschlossene Wähler haben sich ohne die Konkurrenz der Grünen verbessert, während gleichzeitig die Gefahr der Abwanderung eigener Wähler an diese Parteien gebannt ist. Auch wenn der Umweltschutz als gesellschaftliches, wirtschaftliches und politisches Problem eher an Bedeutung gewinnt, scheint er keine ausreichende thematische Basis für die Organisation des Protestpotentials zu liefern. Dies dürfte mit hoher Wahrscheinlichkeit auch für eine Steuerpartei gelten. Da aber auch das Protestpotential weiterhin besteht, bleibt es letztlich die Aufgabe der etablierten Parteien, diesen Teil der Wähler soweit als möglich wieder zu integrieren, wenn für das politische System der Bundesrepublik und insbesondere das Parteiensystem auf Dauer keine unkalkulierbaren Veränderungen eintreten sollen.

Schlußfolgerungen

Läßt man einmal den für die hessische Situation spezifischen Aspekt der Konsolidierung der CDU-Stammwählerschaft außer Betracht, so ist im Zusammenhang mit dem FDP-Ergebnis von 6,6% und dem Scheitern der Umweltschutzparteien zwangsläufig die Frage verbunden, ob neben der konkreten Entscheidung darüber, welche Parteien für die nächsten vier Jahre in Hessen die Regierung stellen sollten, gleichzeitig ein Votum für oder gegen das bestehende Dreiparteiensystem verbunden war.

Auf den ersten Blick scheint eine Bejahung dieser Frage sinnvoll. Bei näherer Betrachtung entsteht jedoch der Eindruck, daß es sich nur um eine vorläufige Entscheidung handelte; das Votum wurde vertagt. Zwar scheint auch auf dem Hintergrund des Abschneidens der Umweltschutzparteien in Bayern deutlich geworden zu sein, daß eine Erweiterung des Parteienspektrums durch Protestparteien, die sich auf spezifische Sachthemen konzentrieren, von den Wählern nicht in ausreichendem Umfang unterstützt wird.

Eine andere Frage ist jedoch, ob es der FDP langfristig gelingt, ihren Platz im Parteiensystem zu behaupten. Die von seiten der sozialliberalen Koalition in den hessischen Landtagswahlkampf eingebrachten bundespolitischen Komponenten legen die Vermutung nahe, daß die FDP sich deshalb konsolidieren konnte, weil ihr mögliches Scheitern in Hessen mit dem Schicksal der SPD/FDP-Bundesregierung eng verknüpft wurde. Eine drohende Blockade der Regierung Schmidt durch eine Zweidrittelunionsmehrheit im Bundesrat, ja sogar das Überleben der Regierung Schmidt/Genscher waren Argumente, die FDP auf Landesebene doch noch zu unterstützen. Unter diesem Aspekt kann die Landtagswahl in Hessen zwar als ein eindeutiges Votum gegen eine Zersplitterung des Parteiensystems, aber nur als eine vorläufige Entscheidung für das Drei- und gegen das Zweiparteiensystem gesehen werden.

Ludolf K. Eltermann / Peter Gluchowski / Helmut Jung